

# BürgerInnenbrief Mitte

11. April 2011



## **DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Schuldenbremse +++ »Grusel-Vermieter« +++ Bauwagenplatz Zomia +++ Stadtnatur +++ Ahoj Savoy! +++ Schiffe

## Was bringt eine Schuldenbremse?



Sparen an der richtigen Stelle: Demo am 30.9.2010

Die Freie und Hansestadt Hamburg wird derzeit nicht auf Grundlage eines durch die Bürgerschaft verabschiedeten Landeshaushalts regiert. Im Sommer 2010 hatte der damalige Bürgermeister Ole von Beust eingeräumt, dass Hamburg ein strukturelles Haushaltsdefizit von über 500 Millionen Euro vor sich herschiebe, was lange Zeit durch eine kreative Buchführung verschleiert worden sei. Die Aufstellung und Beratung des Doppelhaushaltes für 2011/2012 wurde verschoben, weil der unverzichtbare Kassensturz und die Festlegung

der Sparmaßnahmen so viel Zeit beanspruchten, dass an eine fristgemäße Beratung und Verabschiedung nicht zu denken war.

Bekanntlich wechselte der Bürgermeister und auch der Finanzsenator kam wegen staatsanwaltschaftlicher Untersuchungen abhandeln. Die dicken Bücher für den Doppelhaushalt waren gerade gedruckt und an die Abgeordneten verteilt, da zog die GAL-Fraktion die Reißleine: Die schwarz-grüne Koalition war zu Ende und wegen der anstehenden Neuwahlen

wurden die Haushaltsberatungen ausgesetzt. Der noch vom schwarz-grünen Senat eingebrachte Haushaltsentwurf war mit dem Ende der Legislaturperiode der parlamentarischen Diskontinuität verfallen und hatte sich damit auch formal erledigt. Der Stadtstaat wird also zurzeit mit dem Instrument der »vorläufigen Haushaltsführung«, man könnte auch sagen auf Basis eines Nothaushaltes, regiert – ein Zustand, der so schnell wie möglich beendet werden soll.

Die neue SPD-Regierung will Anfang Mai einen Rahmen für die öffentlichen Finanzen verabschieden, und noch vor der Sommerpause sollen die überfälligen Beratungen für den Doppelhaushalt aufgenommen werden. Die Hamburger Presse hat erste Zahlen zum Haushaltsplanentwurf veröffentlicht. Für 2011 und 2012 will der neue SPD-Senat demnach 280 Millionen Euro zusätzlich für seine politischen Projekte aufwenden. Unter Verweis auf ein dreiseitiges Geheimpapier wird berichtet, dass er schon in diesem Jahr Mehrausgaben von 110 Millionen Euro vorhabe, 2012 kämen weitere 170 Millionen Euro hinzu. Gründe unter anderem: die Rücknahme der Kita-Gebührenerhöhung und der Verzicht auf Essensgeld, Belastung für den Haushalt in diesem Jahr 19 Millionen Euro und 45 Millionen Euro im nächsten Jahr. Weitere Beträge seien für Kultur, für Sicherheit in Bussen und Bahnen sowie für Ganztagschulen vorgesehen.

Seine Haushaltsphilosophie hat der neue Erste Bürgermeister Olaf Scholz wie folgt umrissen: »Wir sorgen dafür, dass die Ausgaben langsamer steigen als die Einnahmen. Dazu dürfen wir im Schnitt der nächsten Jahre jeweils nicht mehr als ein Prozent mehr als im Vorjahr ausgeben. Wenn uns das gelingt, dann können wir im Laufe dieses Jahrzehnts zunächst die Betriebsausgaben und am Ende auch die Investitionen vollständig aus den Einnahmen der Stadt finanzieren. Die Steuereinnahmen des Jahres 2010 liegen höher als erwartet und die letzte Steuerschätzung lässt uns auch für 2011 und 2012 hoffen. Aber wir dürfen uns gerade nicht an den konjunkturell bedingt schwankenden Einnahmen orientieren, sondern wir brauchen langfristige Maßstäbe.«

Die neue SPD-Regierung hat in der Tat Glück: Nach einem Kassensturz ist die aktuelle Finanzlage dank des besseren Verlaufs der Konjunktur und der Steuereinnahmen nicht gar so schlecht, und dies steht auch in dem vermeintlichen Geheimpapier. Der Betriebshaushalt war 2010 mit einem Defizit von nur 85 Mio. Euro fast ausgeglichen. Die neuen Kredite von rund 900 Millionen wurden zu 90% für Investitionen eingesetzt, wie dies die alte »Schuldenbremse« der Verfassung und die Landeshaushaltsordnung vorsehen.

Ich hatte bereits im letzten BürgerInnenbrief darauf hingewiesen, dass die im Jahr 2010 verbesserte Haushaltsslage und die zu erwartenden höheren Steuereinnahmen in den Jahren 2011 und 2012, unterstellt, es gibt keinen erneuten konjunkturellen Einbruch, Spielräume verschafft, einen Teil der Wahlversprechen auch einzulösen, dass aber zugleich die schwierige Finanzsituation der Stadt damit keineswegs beseitigt ist.

Nun wollen sich CDU und GAL – die FDP als unverbesserte Steuersenkungspartei eingeschlossen – auf die Fragen,

welche öffentlichen Ausgaben existieren und wie diese finanziert werden können, nicht weiter einlassen. Sie fordern in bekannter Übereinstimmung, dass Hamburg noch in diesem Jahr die Schuldenbremse in seiner Verfassung verankert und bereits von 2015 an keine Schulden mehr machen darf. Mit ihrer Forderung gehen die CDU- und die GAL-Fraktion weit über die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Schuldenbremse hinaus, die spätestens ab 2020 ausgeglichene Haushalte fordert.

Schon jetzt steht in der Haushaltsordnung, dass Hamburg von 2013 an grundsätzlich keine neuen Schulden mehr machen darf. Das hatte die CDU 2007 mit ihrer damaligen absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft festgelegt. In ihrer praktischen Politik hatten sich CDU und GAL allerdings nicht an diesem Zeitpunkt orientiert und die bestehenden Regelungen – jährliche Berichte an den Stabilitätsrat – nicht sehr ernst genommen. Nun soll eine Verfassungsänderung alles richten.

Die Absurdität dieser Überlegung hatte 2007 der damalige haushaltspolitische Sprecher der GAL-Fraktion Willfried Maier angesprochen: »Wenn der Senat fleißig Vermögen verkauft, um ohne Kredite auszukommen, ist nichts gewonnen. Und wenn Investitionen für die weitere Entwicklung der Stadt unterbleiben, weil deren Finanzierung über Kredite kategorisch ausgeschlossen ist, schadet das Verschuldungsverbot den Hamburgerinnen und Hamburgern gar. Zusammengefasst: Wir benötigen eine Verschuldungsregel, die sicherstellt, dass die Vermögenswerte der Stadt in der Summe erhalten bleiben oder ausgebaut werden.«

Von dieser Haltung ist wenig übrig geblieben. Die GAL folgt der magischen Wirkung einer Schuldenbremse: »Hamburg müsse noch in diesem Jahr seine Verfassung an die bundesgesetzliche Schuldenbremse anpassen. Ob Hamburg hierbei die gesetzliche Frist bis 2020 ausreizt oder ob die Schuldenbremse schon früher greifen kann, muss die Bürgerschaft parallel zu den kommenden Haushaltsberatungen entscheiden.« Da die Parteien der ganz Großen Koalition – alle mit Ausnahme der LINKEN – trotz Einführung einer Schuldenbremse auch Steuererhöhungen weitgehend ausgeschlossen haben, bleibt nur der Weg der drastischen Beschneidung der Ausgaben. Überall sollen rigide Sparprogramme aufgelegt werden, zur Kontrolle dieser »Konsolidierungspolitik« haben Bundestag und Bundesrat den Stabilitätsrat eingerichtet. Diesem müssen Bund und Bundesländer Stabilitätsberichte vorlegen. Der Rat prüft dann, ob eine Haushaltsnotlage droht und gibt Empfehlungen zur Durchführung entsprechender Sanierungsprogramme.

Alle verfassungspolitischen Klimmzüge mit Schuldenbremsen und Schuldenverbot helfen den öffentlichen Haushalten nicht aus der Zwangslage. Es ist zwar wenig populär, trotzdem gilt: Für öffentliche Aufgaben müssen über Festsetzung von Steuern entsprechende Einnahmen aufgebracht werden. Der noch so hysterische Ruf nach »Steuerbremsen« entbindet uns nicht davon zu prüfen, ob wirklich alle BürgerInnen entsprechend ihrer ökonomischen Situation einen angemessenen Beitrag leisten und welche Aufgaben mit einem gerechten Steueraufkommen finanziert werden sollen.



## Senat muss gegen »Grusel-Vermieter« vorgehen



MieterInnen fordern am 24.3.2011: »Gagfah zurückkaufen!«

Bereits im letzten »BürgerInnenbrief« hatte ich mich mit der Gagfah, einem der größten Wohnungskonzerne Deutschlands mit circa 160.000 Wohnungen, befasst. Nur zur Erinnerung: Nicht nur in Dresden und auf Bundesebene ist die Gagfah wegen Missachtung von Sozialbindungen und möglichem Insiderhandel ins Gerede gekommen, auch in Hamburg macht die GAGFAH Schlagzeilen als »Grusel-Vermieter« (Morgenpost vom 25.3.2011), der vor allem »völlig überbeuerte Bruchbuden« (Abendblatt vom 12.3.2011) anbietet. Wie viele MieterInnen der 9.400 Hamburger Wohnungen von Schimmel, kaputten Fenstern, Heizungen und Aufzügen sowie verdreckten Treppenhäusern betroffen sind, ist zurzeit noch nicht klar.

Klarer dagegen ist inzwischen, wie die Hamburger Behörden mit diesem renditeversessenen Vermieter umgehen. Einige Hinweise kann man der Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage entnehmen. Daraus geht zunächst hervor, dass die Freie und Hansestadt Hamburg beim Verkauf der ehemals im Besitz der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) befindlichen Gagfah-Wohnungen an die US-Firma Fortress im Jahre 2004 nicht involviert war. Interessanterweise wird aber darauf hingewiesen, dass bei diesem Verkauf auch vertragliche Regelungen zur Berücksichtigung der MieterInneninteressen vereinbart worden seien. Möglicherweise verletzt die Gagfah mit ihrem Gebaren in Hamburg ähnliche

Festlegungen, wie sie in Dresden in die Sozialcharta eingeflossen sind (dort wurde gerade beschlossen, das Unternehmen auf 1,1 Milliarden Euro Schadensersatz zu verklagen) – dem ist weiter nachzugehen.

Was Hamburg betrifft, werden aus der Senats-Antwort Versäumnisse seitens der Behörden deutlich, den hiesigen Missständen angemessen und nachhaltig zu begegnen. In einzelnen Bezirken sind Beschwerden von MieterInnenseite bereits seit dem Jahre 2009 bekannt, allerdings sind längst nicht alle Klagen auch abgearbeitet worden. Über die Meldung von Mängeln in der Krieterstraße 6 bis 12 zum Beispiel heißt es, dass »ein für den 27. September 2010 vereinbarter Gesprächstermin zwischen Gagfah und dem Bezirksamt [Mitte] kurzfristig seitens der Gagfah abgesagt wurde«. Seitdem scheint nichts mehr passiert zu sein. Auch bezüglich des Korallusviertels heißt es, dass Gesprächstermine von Seiten des Unternehmens wiederholt abgesagt worden seien: »Das Bezirksamt strebt an, das Gespräch mit der Gagfah in Kürze nachzuholen.«

Ich habe den Eindruck, dass einzelne MitarbeiterInnen der Wohnungspflege zwar tätig geworden sind, aber diese Aktivitäten werden offenkundig der Zahl und Qualität der Mängelanzeigen nicht gerecht, denn die Senatsantwort ergibt auch, wie schlecht die zuständige Wohnungspflege personell ausge-

stattet ist. Insgesamt zwölf MitarbeiterInnen (je zwei in Mitte, Altona, Nord, Wandsbek und Bergedorf; eine in Eimsbüttel und Harburg) sind mit diesem Aufgabenbereich beschäftigt, bei mindestens einem Drittel sind zudem noch »nicht bezifferbare Anteile für andere Aufgaben enthalten«. Dabei hält offenkundig auch der Senat die städtische Wohnungspflege durchaus für wichtig, wie weitere, etwas bürokratisch daherkommende Ausführungen deutlich machen: »Die Regelungen zur Wohnungspflege sind im Hamburgischen Wohnraumschutzgesetz (HmbWoSchG) normiert. In den §§ 3 bis 8 HmbWoSchG werden Bestimmungen unter anderem zu den Mindestanforderungen an erträgliche Wohnverhältnisse, zu Anordnungen zur Instandsetzung und der Belegung von Wohnungen mit Bewohnern getroffen. In den §§ 13 und 14 HmbWoSchG ist das Verfahren geregelt, hierzu gehören zum Beispiel die Bestimmungen über die Auskunftspflicht von Verfügungsberechtigten, Nutzungsberechtigten und Bewoh-

nern sowie Mitwirkungs- und Duldungspflichten. Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 15 mit einer Geldbuße geahndet werden.« Da ginge doch was...

Die Gagfah denkt offensichtlich mehr an die Garantie der zehn- bis zwanzigprozentigen Rendite der AktieninhaberInnen denn an den Zustand der Häuser und Wohnungen ihrer MieterInnen. Dies sollte längst zu einem massiven Eingreifen der Behörden geführt haben, was ja – das habe ich aus der Senatsantwort gelernt – durchaus möglich wäre. Bisher beschränken sich die Bezirksämter jedoch eher auf zarte Kritik und vereinzelte Besichtigungen, wofür die Existenz einer offenkundig chronisch unterbesetzten städtischen Wohnungspflege nur ein schwacher Trost ist. Die schlimmen Zustände in den Häusern, auf die zuletzt am 24. März wütende MieterInnen während einer Demonstration hingewiesen haben, erfordern seitens des Senats endlich ein konzentriertes und einheitliches Vorgehen gegen die Missstände bei der Gagfah.

## Bauwagenplatz Zomia muss bleiben!



Zomia-Bauwagenplatz in Wilhelmsburg

Während man gegen »Grusel-Vermieter« nur zögerlich vorgeht, werden Behörden offenbar gegen Menschen, die auf ihre Art versuchen, der grassierenden Not an billigem Wohnraum zu begegnen, besonders aktiv. »Herr Schreiber, sind Sie ein Brandstifter?«, fragte die Morgenpost am 8.4.2011 den Lei-

ter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte. Diese eher rhetorisch gemeinte Frage könnte sich in den nächsten Wochen schnell als zutreffend erweisen. Denn Markus Schreiber (SPD) geriert sich einmal mehr als Exekutor einer Hamburger Law-and-order-Politik, deren sozialdemokratische Ausprägung Olaf



Scholz als damaliger Innensenator mit dem Brechmitteleinsatz befördert hatte, und die jetzt zur neuerlichen Räumung des Zomia-Bauwagenplatzes in Wilhelmsburg führen soll.

Es geht um zehn Bauwagen und ihre 15 BewohnerInnen, die seit Anfang Dezember vergangenen Jahres am Ernst-August-Kanal in Wilhelmsburg stehen – auf einer ungenutzten Industriefläche. Dieser Platz wurde von den Zomia-Bauis angefahren, nachdem sie Mitte November erst einen anderen Platz in Wilhelmsburg kurzfristig besetzt hatten, anschließend auf eine Wiese im Reiherstiegviertel und dann zur Alten Schleuse des Kanals umgezogen waren. Die von der »Hamburger Port Authority« (HPA) geforderte Räumung konnte durch den ungewöhnlichen gemeinsamen Einsatz von Antje Möller (GAL), Jörn Frommann (CDU!) und der LINKEN verhindert werden.

Nun soll Schluss mit lustig sein. Bezirkschef Schreiber kündigt nicht nur die Räumung zum bzw. nach dem 30. April, sondern gleich auch die Unterbindung jeglicher Wagenplätze in seinem Bezirk an. Und in der Tat hat der Bezirksamtsleiter in den vergangenen Monaten nichts unternommen, um eine einvernehmliche Lösung mit den Bauwagen-BewohnerInnen zu finden oder eine Ersatzfläche ausfindig zu machen.

Gegen die drohende Räumung formiert sich der Protest: Am 14. April wird die Bürgerschaft über das Thema diskutieren. Ein von der GAL vorgelegter Antrag, die vom Bezirksamt erlassene Allgemeinverfügung aufzuheben und eine Duldung des Platzes bis Ende 2011 auszusprechen sowie »nach einem Platz für die dauerhafte Ansielung eines Bauwagenplatzes in vergleichbarer Größe« zu suchen, wird die Zustimmung der LINKEN erhalten. Wie sich die SPD positionieren wird, ist gegenwärtig noch unklar. Der »Riesen-Zoff um zehn Bauwagen« (Morgenpost vom 8.4.2011) und auch der bevorstehende Verkauf samt möglicher Räumung der Roten Flora im Schanzenviertel mündet in einer »überregionalen Demonstration« am 30. April (<http://zomia.blogspot.eu>), die der Innenbehörde sicher noch einiges Kopfzerbrechen bereiten wird.

Markus Schreiber bestätigte nach Aussage eines am 8. April veröffentlichten Statements der LINKEN Wilhelmsburg/Veddel »in einem Gespräch mit Zomia den Willen zur »effektiven Vollstreckung«. Er drohte mit dem »Einzug« der Wagen und betonte, Wagenplätze seien grundsätzlich eine Lebensform, die er weder »unterstützen« noch »akzeptieren« könne und die er nicht einmal bereit zu »tolerieren« sei. »Gehen Sie hin, wo Sie hergekommen sind! So was gibt es bei mir nicht«, offenbarte Schreiber. Und wenn doch: »Nennen Sie mir die Flächen – und ich räume sie weg.« Diesen klaren Worten wird der Bezirksamtsleiter auch klare Taten folgen lassen.«

Schreibers Ausfälle sind in mehrfacher Hinsicht völlig daneben. Zum einen ignorieren sie den Umstand, dass diese Stadt und ihr Senat nicht in der Lage sind, ausreichend erschwinglichen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die wachsende Zahl obdachloser Menschen, die Überfüllung von Notunterkünften im Winter, der drastische Rückgang an Sozialwohnungen bzw. günstigen Mietwohnungen unterstreicht, dass wohnungspolitisch schon seit längerem vieles schief läuft.

Zum anderen ist das Leben in Bauwagen eine Wohnform, die vielleicht nicht jedermanns oder auch nur Schreibers Sache ist, die aber für zahlreiche Menschen ein anderes Lebenskonzept darstellt. DIE LINKE fordert deswegen, das aus dem Jahre 1937 herrührende und 1999 gelockerte Bauwagengesetz weiter zu liberalisieren und eine gesetzliche Verankerung des Lebens und Wohnens auf Bauwagenplätzen zu schaffen. Dazu gehören ausgewiesene Flächen (ähnlich wie bei den Schiffen, die auf einigen Kanälen für Wohnzwecke genutzt werden dürfen), die speziell für Bauwagen zur Verfügung gestellt werden und nicht beständig von Räumungen bedroht sind.

Die Wagengruppe Zomia zeigt »Innenansichten«, Fotografien von Stefan Canham, vom 11. bis 22. April in der Bücherhalle Kirchdorf, Wilhelm-Strauß-Weg 2, anschließend im Freizeithaus Kirchdorf-Süd, Stübenhöfer Weg 11.

## joachimbischoff.de

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!



## Projektgruppe Stadtnatur: »Hamburger Manifest«

In einem Gastbeitrag für den BürgerInnenbrief vor gut einem Jahr (am 22.2.2010) hatte Rudolf Sergel Ausführungen über den Komplex »Wachsende Stadt und ökologische Abwertung« gemacht. Zu den Erkenntnissen gehörte die Information, dass laut Berechnungen des »Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland« (BUND) die »Umwelthauptstadt« Hamburg netto alljährlich rund 3.000 Bäume verliert. Man muss aktuell nur nach Wilhelmsburg schauen, wo Tausende, darunter viele ältere Bäume einer Gartenschau geopfert werden, und man ahnt, dass nicht annähernd so viele neue Bäume neu gepflanzt werden. Von den immer wieder behaupteten »Ausgleichspflanzungen« bleibt nach den BUND-Angaben unterm Strich letztlich nichts übrig.

Gegen die damit verbundene Zerstörung der Stadtnatur haben sich Engagierte um Harald Duchrow, Sprecher der Isebekinitiative, die erfolgreich gegen einen Büroklötz und damit die Zerstörung einer kleinen Naturfläche in Eimsbüttel protestierte, zusammengeschlossen. Ich dokumentiere im Folgenden das am 15. März vorgelegte »Hamburger Manifest« und möchte damit diesem stadtentwicklungspolitisch wichtigen Bereich zu besonderer Aufmerksamkeit verhelfen.

Die Naturzerstörung in Hamburg durch Grünflächenverbrauch und Ausräumung der Stadtvegetation hat in den letzten Jahren ein Ausmaß erreicht, das viele Bürger nicht mehr hinnehmen wollen. Die große Zustimmung zu Bürgerbegehren, die sich für die Erhaltung der Stadtnatur in Hamburg einsetzen, lässt erkennen, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen einen Schutz ihres Grüns vor weiterer Zerstörung befürwortet. Um diesen Bürgern hilfreiche Sachinformationen und ein Forum für Diskussion und Planung zu bieten, hat sich im Internationalen Jahr der Biologischen Vielfalt 2010 die *Projektgruppe Stadtnatur Hamburg* gegründet. Sie wendet sich gegen die zunehmende ökologische Entwertung des öffentlichen Raums in Hamburg zu Lasten der Gesundheit, des Wohlbefindens und der Lebensfreude der Menschen in der Stadt.

### Naturzerstörung in Hamburg: zum Schaden der Menschen

Hamburg treibt Raubbau an seiner Natur. Der Verbrauch von Grün- und Freiflächen hat sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt. Jährlich wird im Mittel die zweifache Fläche der Außenalster bebaut und versiegelt. In jedem Jahr verliert Hamburg mehrere tausend Bäume, die ersatzlos gefällt werden. Verbleibende Bäume werden durch meterhohes Auf-Asten verstümmelt und geschädigt. Große Teile der natürlichen Strauch- und Krautvegetation öffentlicher Grünflächen sind bereits systematisch ausgeräumt worden. Zurück bleiben totgepflegte, durchsichtige Parks und kahlgeschorene Straßenrandstreifen. 14% der ehemals in Hamburg vorkommenden Pflanzenarten sind hier inzwischen ausgestorben. Mehr als die Hälfte der verbliebenen Arten sind gefährdet oder vom Aussterben bedroht.<sup>1</sup> Mit jeder vernichteten Pflanzenart verlieren zahlreiche wirbellose Tierarten ihre Lebensgrundlage. Viele stadtbewohnende Wir-

Diese etwa 100 Jahre alte Buche sollten Sie sich etwa 20 m hoch und mit etwa 12 m Kronendurchmesser vorstellen. Mit mehr als 600.000 Blättern verzehnfacht sie ihre 120 qm Grundfläche auf etwa 1.200 qm Blattfläche. Durch die Lufträume des Blattgewebes entsteht eine Gesamt-Oberfläche für den Gasaustausch von etwa 15.000 qm, also zwei Fußballfeldern! 9.400 l = 18 kg Kohlendioxid verarbeitet dieser Baum an einem Sonnentag. Bei einem Gehalt von 0,03 % Kohlendioxid in der Luft müssen etwa 36.000 cbm Luft durch diese Blätter strömen. Die in der Luft schwebenden Bakterien, Pilzsporen, Staub und andere schädliche Stoffe werden dabei größtenteils ausgefiltert. Gleichzeitig wird die Luft angefeuchtet, denn etwa 400 l Wasser verbraucht und verdunstet der Baum an demselben Tag. Die 13 kg Sauerstoff, die dabei vom Baum durch die Fotosynthese als Abfallprodukt gebildet werden, decken den Bedarf von etwa 10 Menschen. Außerdem produziert der Baum an diesem Tag 12 kg Zucker, aus dem er alle seine organischen Stoffe aufbaut. Einen Teil speichert er als Stärke, aus einem anderen baut er sein neues Holz. Wenn nun der Baum gefällt wird, weil eine neue Straße gebaut wird, oder weil jemand sich beschwert hat, dass der Baum zu viel Schatten macht oder gerade dort ein Geräteschuppen aufgestellt werden soll, so müsste man etwa 2000 junge Bäume mit einem Kronenvolumen von jeweils 1 cbm pflanzen, wollte man ihn vollwertig ersetzen.

Die Kosten dafür dürften etwa 150.000,- € betragen.

beltiere, wie Vögel und Fledermäuse, werden so ihrer Nahrungsquellen und ihrer Lebensräume beraubt. Bei anhaltender Klimaerwärmung droht eine Stadt mit immer weniger Grün in heißen Sommern zur tödlichen Hitzefalle zu werden.<sup>2</sup> Gesundheit und Lebensqualität der Menschen stehen auf dem Spiel.

### Naturzerstörung in Hamburg: gegen Gesetze und internationale Abkommen

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere, heißt es in Artikel 20a des deutschen Grundgesetzes.<sup>3</sup> Und das Bundesnaturschutzgesetz<sup>4</sup> sagt es ausführlicher in § 1 Absatz 1: *Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besie-*

Die Projektgruppe Stadtnatur Hamburg trifft sich regelmäßig am zweiten Mittwoch jedes Monats um 19 Uhr im Bürgertreff Altona-Nord in der Gefionstraße 3. Kontakt: Dr. Harald Duchrow, Lindenallee 46, 20259 Hamburg. Tel. 431 88 368 | [prostadtnatur@arcor.de](mailto:prostadtnatur@arcor.de) | [www.isebek-initiative.de](http://www.isebek-initiative.de).

delten und unbesiedelten Bereich ... so zu schützen, dass 1. die biologische Vielfalt, 2. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts ... sowie 3. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind.

In Berichten und Beschlüssen der deutschen Bundesregierung wird die Bedeutung von Natur und Naturschutz in der Stadt – auch und gerade für die Menschen – immer wieder hervorgehoben, etwa in der 2007 beschlossenen Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt,<sup>5</sup> wo es heißt: *In vielen Stadtbereichen fehlt ausreichend Grün, das von den Menschen genutzt werden und als Lebensraum für Arten dienen kann... Fehlende Vegetation und versiegelte Böden verschlechtern das Stadtklima und die Luftqualität und wirken sich negativ auf den Wasserhaushalt aus ... Je stärker die Begrünung der Innenstädte, desto mehr Stäube und Schadstoffe werden auf natürlichem Wege aus der Luft gefiltert... Je größer der Umfang einer Grünfläche, desto größer ist auch die klimatologische Reichweite... Eine gute Erreichbarkeit und Vernetzung von Grünflächen ist entscheidend für die Nutzbarkeit und erhöht die Attraktivität der Innenstädte. Dies trägt dazu bei, den flächenintensiven Wegzug ins Umland aufzuhalten und das Verkehrsaufkommen zu reduzieren... Die biologische Vielfalt bestimmt maßgebend das Erleben von Natur und Landschaft... Naturerfahrung und -erlebnis sind wichtige Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung. Positive Naturerfahrungen stärken das Lebensgefühl, schulen die sinnliche Wahrnehmung und das ästhetische Empfinden, vermindern Aggressivität, fördern Aufmerksamkeit, Konzentration und Wahrnehmungsfähigkeit sowie die Ausbildung motorischer Fähigkeiten... Kinder brauchen Naturerfahrungsräume für eine gesunde psychische und physische Entwicklung.*

Während in Hamburg das Grünvolumen und der Anteil unversiegelter Flächen ohne Rücksicht auf die biologische Vielfalt fortlaufend dezimiert wird, setzte die Bundesregierung in ihrem Bericht zur Lage der Natur 2009<sup>6</sup> ganz andere Ziele:

- Bis zum Jahre 2020 ist die Durchgrünung der Siedlungen einschließlich des wohnumfeldnahen Grüns ... deutlich erhöht.

- Bis 2020 [ist] die Inanspruchnahme neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen auf höchstens 30 ha pro Tag zu verringern [also auf etwa ein Viertel des bisherigen Wertes!].

- Entwicklung einer Strategie zur vorbildlichen Berücksichtigung der Biodiversitätsbelange für alle Flächen der öffentlichen Hand bis 2010.

Anders als Hamburg orientiert sich die Bundesregierung dabei vertragsgemäß an internationalen Abkommen, wie den Beschlüssen der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 (UNCED), insbesondere 1. dem Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert (Agenda 21),<sup>7</sup> mit dem Ziel einer Natur und Ressourcen schonenden, nachhaltigen Entwicklung, sowie 2. dem Biodiversitäts-Abkommen (CBD),<sup>8</sup> mit dem Ziel der Erhaltung der biologischen Vielfalt. Im Mittelpunkt dieser Abkommen stehen akute, menschenbedrohende Naturkrisen:

- der weltweite rapide Rückgang der biologischen Vielfalt durch Zerstörung von Lebensräumen und Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten;
- die menschengemachte globale Erwärmung, Auslöser einer dramatischen Beschleunigung des Artensterbens bis hin zum völligen Kollaps von Ökosystemen, mit schwerwiegenden Folgen auch für dort lebende indigene Völker;
- die einsetzende Erschöpfung der fossilen Rohstoffvorräte und die durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe verursachte Vernichtung ausgedehnter Naturräume und ihrer Organismen.

Die sich beschleunigende, endgültige Ausrottung großer Teile der irdischen Lebewelt – die sich über Jahrtausende entwickelt hat und unersetzlicher Bestandteil der menschlichen Umwelt ist – stellt derzeit die vordringliche Herausforderung jeder verantwortungsvollen, nachhaltigen Politik dar, will man nicht die Lebensgrundlagen künftiger Menschengenerationen leichtfertig aufs Spiel setzen.<sup>9</sup> Die Hamburger Politik des aggressiven Wachstums, des unmäßigen Flächenverbrauchs und der rücksichtslosen Naturzerstörung wird diesen globalen Herausforderungen nicht gerecht.

## Hingehen und Mitmachen!

### Abschaltung aller Atomkraftwerke! Enteignet die Konzerne!

Wöchentliche Kundgebung des Hamburger Anti-Atom-Plenums, jeweils am Montag um 18:00 Uhr am Mönckebergbrunnen vor dem Vattenfall-Kundenzentrum in der Mönckebergstraße,

### AKWs endlich abschalten! Brunsbüttel und Krümmel bleiben abgeschaltet!

Aktionen und Kundgebungen aus Anlass des Super-GAU in Tschernobyl vor 25 Jahren am Ostermontag, 25. April, ab 11:55 Uhr vor den AKWs Brunsbüttel und Krümmel ([www.brunsbuettel.tschernobyl25.de](http://www.brunsbuettel.tschernobyl25.de); [www.kruemmel.tschernobyl25.de](http://www.kruemmel.tschernobyl25.de))

### Bundeswehr raus aus Afghanistan! Atomwaffen abschaffen! Atomkraftwerke abschalten!

Hamburger Ostermarsch 2011, organisiert vom Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V., Ostersonntag, 23. April, 12:00 Uhr, Auftakt am Kriegsklotz (Dammtordamm), 14:00 Uhr Friedensfest auf dem Carl-von-Osietzky-Platz (an der Langen Reihe) ([www.Hamburger-Forum.org](http://www.Hamburger-Forum.org))

### Das ist das Mindeste! Faire Löhne. Gute Arbeit. Soziale Sicherheit.

Mai-Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Sonntag, 1. Mai, 11:00 Uhr Demonstration ab Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof), 13:00 Uhr Kundgebung beim Museum der Arbeit (Maurienstraße) ([www.dgb-hamburg.de](http://www.dgb-hamburg.de))



### Naturzerstörung in Hamburg: EMPÖRT EUCH!

Angesichts der drohenden globalen Katastrophen haben alle, die genauere Kenntnisse über das Ausmaß der Bedrohung haben, eine besondere, historische Verantwortung, ihr Wissen für das Gemeinwohl einzusetzen und einer ökologisch verhängnisvollen Politik entgegenzutreten.

Die Projektgruppe Stadtnatur Hamburg will einen Politikwechsel im Umgang mit der Natur in unserer Stadt herbeiführen. Sie will die Bevölkerung über das wahre Ausmaß der Naturzerstörungen informieren und Strategien dafür entwickeln, wie Hamburg wieder zu einer naturfreundlichen Stadt werden kann. Die Projektgruppe Stadtnatur will untersuchen und öffentlich machen, welche Personen, Institutionen, Konzepte und Regelwerke für die jahrelange und anhaltende Naturzerstörung in Hamburg verantwortlich waren und sind. Sie will dokumentieren und quantifizieren, wo und wie viel Grünvolumen in Hamburg vernichtet wurde und wird. Die Projektgruppe will die Geldquellen und Profiteure ermitteln und offenlegen, mit denen die Naturzerstörung in Hamburg betrieben wird. Sie will Gesetzesbestimmungen und Verwaltungsvorschriften daraufhin überprüfen, inwieweit sie die Naturzerstörung zulassen oder ihnen entgegenstehen. Die Projektgruppe wird alle Möglichkeiten der Informationsbeschaffung nutzen und Experten befragen und zur Mitarbeit ermuntern. Sie will analysieren, aufklären und überzeugen. Sie will Konzepte entwickeln und veröffentlichen, die zu einem angemessenen Umgang mit der Stadtnatur in Hamburg beitragen können.

*Indignez-vous! – Empört euch!* So überschrieb der ehemalige, französische Widerstandskämpfer und spätere UN-Diplomat Stéphane Hessel<sup>10</sup> vor kurzem seinen Aufruf zur politischen Neubewertung und zum friedlichen Aufstand gegen eine verfehlte Politik unter der *Macht des Geldes, die niemals so groß, so anmaßend und egoistisch war wie heute und bis in die höchsten Ränge des Staates hinein über eigene Diener verfügt*. Hessel fordert *einen radikalen Bruch mit dem Drang nach »immer mehr« ... Denn sonst drohen äußerst große Gefahren. Sie können den Planeten Erde für den Menschen unbewohnbar*

*machen*. Der Drang nach "immer mehr" kennzeichnet auch die Politik des aggressiven Natur- und Flächenverbrauchs in Hamburg. »Empört Euch!«, ein solcher Aufruf erscheint da längst überfällig. Denn – so Hessel – dies ist *eine der wesentlichen und unverzichtbaren Eigenschaften, die den Menschen ausmachen: die Fähigkeit zur Empörung und das Engagement, das daraus erwächst*.

### Verwendete Schriften

- 1 Der Hamburger Pflanzenatlas von a bis z. Von Hans-Helmut Poppendieck u.a. (Hrsg.), München/Hamburg 2010. [http://www.bg-web.de/botanischerverein/bv\\_publicationen\\_detail.php?pmID=787](http://www.bg-web.de/botanischerverein/bv_publicationen_detail.php?pmID=787)
- 2 Hitze-Sommer 2003 hat 70.000 Europäer getötet. Artikel im »Spiegel« vom 23.3.2007. <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,473614,00.html>
- 3 Grundgesetz-Artikel 20a: Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere. <http://bundesrecht.juris.de/gg/art20a.html>
- 4 Bundesnaturschutzgesetz, § 1: Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege. <http://bundesrecht.juris.de/bnatschg2009/1.html>
- 5 Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt. Herausgegeben vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Berlin, Oktober 2007. <http://www.cbd.int/doc/world/de/de-nbsap-01-de.pdf>
- 6 Bericht der Bundesregierung zur Lage der Natur für die 16. Legislaturperiode, Stand: Februar 2009. Hrsg.: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin. [http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/bericht\\_lage\\_natur\\_lp\\_16\\_bf.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/bericht_lage_natur_lp_16_bf.pdf)
- 7 Agenda 21, ein entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung für das 21. Jahrhundert, beschlossen von 172 Staaten auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) in Rio de Janeiro im Juni 1992. [http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda\\_21.pdf](http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf)
- 8 Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity CBD), beschlossen auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro am 5. Juni 1992. [http://www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472545/HTML\\_Page1049896418](http://www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472545/HTML_Page1049896418)
- 9 Vilmer Thesen zu Grundsatzfragen des Naturschutzes. BfN-Skripten, Band 281; Bonn-Bad Godesberg (Bundesamt für Naturschutz) [http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/service/Skript\\_281.pdf](http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/service/Skript_281.pdf)
- 10 Stéphane Hessel: Empört Euch! Berlin 2010. Zit. in: Stéphane Hessels Pamphlet »Empört euch!« – Frankfurter Allgemeine FAZ.NET vom 1.2.2011. <http://www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~EC1B6D3F1EB1945319B3E90D326B4D0EF~ATpl~Ecomon~Scontent~Afor~Eprint.html>

## VSA: Stadtteil-Solidarität

Michael Töteberg (Hrsg.)  
**Ahoj Savoy! Kino in St. Georg – für das ganze Hamburg**

Mit Beiträgen von Fatih Akin, Horst Königstein, Peggy Parnass, Michael Töteberg, Martin Aust, Rita Baukowitz und David Kleingers sowie weiteren Solidaritätsbekundungen

72 Seiten, davon 24 in Farbe |

€ 5.00 (billiger als eine Kinokarte)

ISBN 978-3-89965-474-5

Zurück aus der Kinogeschichte in die Gegenwart: Das Metropolis hat den lange zweckentfremdeten Filmpalast am Steindamm wieder zum Leben erweckt. In der Hamburger Kulturlandschaft, wo das Kinosterben grassiert, ist es unverzichtbar: Das Savoy muss eine Zukunft haben!

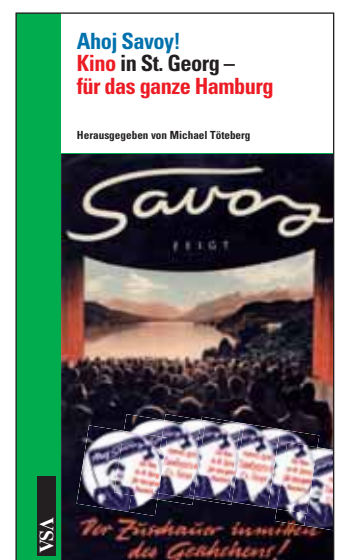
»Das traumschöne Savoy eröffnete 1957 als Haus mit Hamburgs größter Leinwand. Hier wird – nach mehr als 50 Jahren – wieder großes Kino für Traum-

verlorene und Realisten gezeigt.« (Horst Königstein)

»Nicht nur St. Georg hat das Savoy nötig, sondern die ganze Stadt.« (Fatih Akin)

»Kino? Ja, Kino! Wir wollen das Metropolis im Savoy!« (Peggy Parnass)

Im Buchhandel oder bei  
 VSA: St. Georgs Kirchhof 6  
 20099 Hamburg  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)





## Ahoj Savoy! Ein Walk of Fame durch St. Georg

Vor drei Jahren zog das Kommunale Kino »Metropolis« umbaubedingt von der Dammtorstraße an den Steindamm und nutzte dort vorübergehend die legendären Räume des »Savoy«. Legendar deswegen, weil dieses Filmtheater seit seiner Eröffnung am 14. März 1957 erstmals in Europa Filme auf Super-Breitwand präsentierte. Vorübergehend, weil das »Metropolis« im Juni 2011 den Standort in St. Georg wieder räumen und in den neu errichteten Räumen nahe dem Stephansplatz den Kinobetrieb fortsetzen wird.

Um das letzte Kino im Hauptbahnhofviertel vor einer erneuten Schließung zu bewahren, hat sich in St. Georg die Initiative »AHOJ SAVOY! Kino in St. Georg – für das ganze Hamburg!« gebildet: »Im Jahr 2008 wurde durch den Umzug des ... Metropolis in das bereits tot gesagte Savoy-Filmtheater am Steindamm eine Legende der Hamburger Kino- und Stadtgeschichte wieder zum Leben erweckt. Was als Ausweichquartier für das Metropolis begann, hat sich in den vergangenen drei Jahren zu einem neuen, aufregenden Kino mit eigenständiger Dynamik entwickelt. Großen Anteil daran hat der Stadtteil St. Georg rund um den Steindamm, dessen Bewohner und Initiativen mit großem Interesse das Programm im Savoy wahrnehmen und mitgestalten ... Wir fordern: Das Savoy am Steindamm soll als 2. Spielstätte des Kommunalen Kinos erhalten bleiben!«

Und die Initiative hat Pläne entwickelt, wie der Erhalt des Savoy »als kommunales Filmtheater und Stadtteilzentrum« aussehen könnte – als kommunaler Kinobetrieb in Trägerschaft der Kinemathek Hamburg, die auch das Metropolis betreibt: »Nur ein gemeinnütziger Kinobetrieb kann angemessen auf die besonderen Anforderungen und Belange des Stadtteils reagieren und zugleich ein inhaltlich ausgewogenes Film- und Veranstaltungsprogramm gewährleisten.« Verwiesen wird auf die entwickelte gute Zusammenarbeit mit den Stadtteilgruppen (gemeinsame Filmreihen und Veranstaltungen), die unbedingt fortgesetzt werden sollte. »Gerade im Bereich der Bildungs- und Jugendarbeit, des interkulturellen Dialogs und der konstruktiven sozialpolitischen Debatte bietet das Savoy ureigene Potenziale. Ihre konsequente Nutzung wird das eigenständige Profil des Hauses für jeden sichtbar machen. Zudem können Foyer und Saal des Savoy in Kooperation mit Partnern für Veranstaltungen, Ausstellungen, Kongresse und Tagungen genutzt werden, die das kulturelle Angebot St. Georgs weiter bereichern. Das Savoy kann so perspektivisch zum audio-visuellen Stadtteilzentrum wachsen, in dem verschiedenste Belange und Interessen ihren adäquaten Platz finden.« Aber auch über die Wünsche der St. GeorgeInnen hinaus wird gedacht, ständen mit dem Savoy doch der Kinolandschaft neue Möglichkeiten ins Haus: »Den etablierten und öffentlich geförderten Festivals etwa steht ein weiterer, repräsentativer Veranstaltungsort zur Verfügung, was ihre Programmplanungen wesentlich flexibilisieren und erleichtern wird. Denkbar sind zudem auch Kooperationen mit den privatwirtschaftlichen Arthouse-Betreibern, die punk-

tuell ihre räumlichen Kapazitäten vergrößern müssen, und die beispielsweise für außerordentlich erfolgreiche Filme aus ihrem Programm den Saal des Savoy nutzen wollen. Hier lassen sich transparente Businessmodelle entwickeln, die sowohl den Etat der Kinemathek entlasten als auch den Handlungsspielraum der privaten Programmkinos vergrößern. Grundsätzlich öffnet sich das Savoy für alle am Film Interessierten und Beteiligten, soweit sich ihre Ziele mit dem gemeinnützigen Auftrag des Hauses vereinbaren lassen.«

Für diese Ziele mobilisiert die Initiative: Am Donnerstag, den 14. April, wird ab 16:00 Uhr auf einer Solidaritätsveranstaltung im Savoy (Steindamm 52/54) unter anderem das vom Filmhistoriker Michael Töteberg herausgegebene und im VSA: Verlag als »Nachbarschaftshilfe« erscheinende Büchlein »Ahoj Savoy!« vorgestellt (72 Seiten, 5 Euro, siehe auch S. 8). Und um 17:00 Uhr beginnt vor dem Kino eine Demonstration durch den Stadtteil: Unter lautstarker Anführung der BläserInnen von »Tuten und Blasen« – sie steuern seit 20 Jahren Livemusik zu Stummfilmen bei – werden St. GeorgerInnen gemeinsam mit Hamburger Filmschaffenden und anderen Kinofreunden als »Walk of Fame« die historischen Standorte ehemaliger Kinos in St. Georg aufsuchen. Fatih Akin und Wim Wenders wollen sich auch auf den Weg machen...



Kinosaal für ganz Hamburg: das Metropolis-Savoy

## Kulturipp: Schiffe und mehr



Lyonel Feininger, Rotes Meer mit blauer Barke, Öl auf Leinwand, 1912

Gemälde, Zeichnungen, Aquarelle und Holzschnitte von Lyonel Feininger (1871-1956), einem der bedeutendsten Maler der klassischen Moderne, zeigt das Altonaer Museum (Museumstraße 23) bis zum 22. Mai. Zu sehen sind 60 teilweise aus Privatbesitz stammende und damit nur höchst selten gezeigte Arbeiten, die allesamt um das Thema »Schiffe und Meer« (so auch der Titel der Werkschau) kreisen und zwischen 1911 und 1955 entstanden sind.

Feininger, in New York geboren, war mit seinen Eltern 1887 nach Deutschland übergesiedelt und nahm im gleichen Jahr neun Monate Zeichen- und Malunterricht an der hamburgischen Allgemeinen Gewerbeschule. Von 1919 bis 1933 gehörte er zu den Meistern des Bauhauses zunächst in Weimar, später in Dessau. Nachdem die Nazis den Bauhaus-Aktivitäten in Deutschland ein Ende gesetzt hatten, kehrte Feininger zusammen mit seiner jüdischen Frau Julia in die USA zurück. Ein Jahr später wurden 410 seiner Werke im Zuge der Vorbereitung der NS-Ausstellungsserie »Entartete Kunst« beschlagnahmt.

Freunde der maritimen Kunst, aber auch Anhänger der Klassischen Moderne kommen im Altonaer Museum auf ihre Kosten: Die häufig großflächigen farbigen Bilder versetzen die BetrachterIn beispielsweise an den Ostsee-Strand von Heringsdorf. Feininger hatte in diesem Badeort auf Usedom seine Sommerferien zwischen 1908 und 1916 verbracht und immer wieder Menschen vor der Meereslandschaft gemalt. In diese Zeit fällt auch die Hinwendung zu kubistischen Formen, die sich in der Beschäftigung mit Segelschiffen, ihren lang gestreckten Bootskörpern und dreieckigen Segeln niederschlägt. Die Formen lösen sich zunehmend auf, einzelne Elemente werden neu zusammengesetzt, und doch arbeitet Feininger selten so abstrakt, dass nicht mehr zu erkennen wäre, was gemeint ist. Insofern dokumentiert diese Ausstellung die vor rund 100 Jahren eingeleiteten großen Umbrüche in der Malerei am Beispiel Feiningers und maritimer Motive.

Die Ausstellung ist dienstags bis sonntags von 10:00 bis 17:00 Uhr geöffnet. Näheres unter [www.altonaermuseum.de](http://www.altonaermuseum.de). Der Katalog kostet 19 Euro.

---

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**